



## Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin e.V.

Pressemitteilung der Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin

### **Sozialpädiatrische Zentren unter Druck – was jetzt dringend passieren muss**

*Berlin, 09.06.2026.* Die Sozialpädiatrischen Zentren (SPZ) versorgen eine stetig wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen (derzeit 466.000 pro Jahr) mit Entwicklungs- und Verhaltensstörungen sowie mit komplexen Mehrfachbehinderungen. Dennoch spielt die sozialpädiatrische Versorgung gesundheitspolitisch weiterhin eine untergeordnete Rolle. Wenn die Versorgungsstrukturen nicht zusammenbrechen sollen, „muss sich das dringend ändern,“ warnt Dr. Christoph Kretzschmar, Chefarzt des SPZ am Städtischen Klinikum Dresden.

Denn die Fallzahlen sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, dass der vergleichsweise minimale Finanz- und Mitteleinsatz den tatsächlichen Bedarf inzwischen nicht mehr angemessen abbildet, bekräftigt Kretzschmar, der viele Jahre Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft der SPZ in Deutschland war und dem Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin (DGSPJ) angehört. Bereits im Jahr 2022 wurden bundesweit rund 712.000 Quartalsfälle in SPZ abgerechnet. Das entspricht etwa 466.000 Patientinnen und Patienten pro Jahr – das sind 3,5 % aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland. Bis heute dürfte diese Zahl noch höher sein.

Besonders deutlich zeigt sich der steigende Versorgungsdruck im veränderten Diagnosespektrum. So ist zum Beispiel die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit Verdacht auf oder gesicherter Autismus-Spektrum-Störung in den vergangenen Jahren massiv gestiegen und in der Häufigkeitsstatistik aller Behandlungsfälle im SPZ rückte diese Diagnosegruppe von Rang 13 im Jahr 2014 auf Rang 7 im Jahr 2022 vor. Heute dürfte sie noch eine größere Rolle spielen, aktualisierte Daten hierzu werden allerdings erst 2027 vorliegen.

Kein Wunder also, dass angesichts der zunehmenden Zahl weiterer Diagnosen wie schwere Entwicklungsstörungen und komplexe Mehrfachbehinderungen viele Einrichtungen an ihre Belastungsgrenze gelangt sind.

Anmeldelisten, Priorisierungssysteme und verlängerte Wartezeiten gehören inzwischen vielerorts zum Alltag - für Eltern mit ihren zumeist schwerwiegend betroffenen Kindern ist dies laut Kretzschmar ein unhaltbarer Zustand.

Besonders gravierend ist aus Sicht des DGSPJ-Co-Präsidenten Dr. Andreas Oberle aus Stuttgart das Missverhältnis zwischen Versorgungsleistung und Finanzierung dar. Für die Versorgung von knapp einer halben Million Kindern und Jugendlichen wandte die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) im Jahr 2022 lediglich rund 314 Millionen Euro auf, was nur etwa 0,09 Prozent der Gesamtausgaben entspricht. Oberle betont: „Kaum ein anderer Bereich des Gesundheitswesens erreicht mit einem derart geringen Mitteleinsatz eine vergleichbare Versorgungsrelevanz.“ Doch während die Nachfrage nach multiprofessioneller Versorgung steigt, halten die personellen, räumlichen und finanziellen Ressourcen bei Weitem nicht Schritt.

Die prekäre Finanzsituation der SPZ müsse sich daher dringend und rasch ändern, fordert Kretzschmar. Konkret erhebt die DGSPJ folgende Forderungen:

- **Fördermittelprogramme stärken:** Förderprogramme, die vielerorts reduziert oder eingestellt wurden, müssen neu aufgelegt werden. Andernfalls sei die Zukunftsfähigkeit zahlreicher Einrichtungen zunehmend gefährdet.
- **Investitionen in die Infrastruktur sichern:** Neben Finanzierungslücken beim Personal stoßen vielerorts auch die räumlichen Kapazitäten an ihre Grenzen. Zahlreiche SPZ arbeiten seit Jahrzehnten in Gebäuden, die für die heutigen Patientenzahlen nicht ausgelegt sind. Doch Erweiterungen oder Modernisierungen scheitern häufig an fehlenden Investitionen in die bauliche Infrastruktur.
- **Multiprofessionelle Leistungen angemessen finanzieren:** Die Finanzierung nichtärztlicher Leistungen in einem SPZ nach § 43a SGB V ist bundesweit uneinheitlich, unzureichend und in vielen Regionen sogar rückläufig. Gerade jene multiprofessionellen Leistungen, die Psychotherapeuten, Sozialpädagogen sowie therapeutische Berufsgruppen erbringen, stellen das Kernmerkmal sozialpädiatrischer Versorgung dar.

Die nächste aktualisierte Datenerhebung, abgefragt für das 4. Quartal 2026 und vorliegend im Jahr 2027, wird die Fehlentwicklungen noch deutlicher sichtbar machen und den ohnehin bereits vorhandenen Handlungsdruck auf die Gesundheitspolitik weiter erhöhen, ist Kretzschmar überzeugt. Es sei daher überfällig, aus den bereits vorliegenden Daten endlich die erforderlichen politischen Konsequenzen zu ziehen.

Ein erstes positives politisches Signal kommt indes vom Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt des Freistaates Sachsen: Mit der feierlichen Übergabe eines Fördermittelbescheids wird die bauliche Erweiterung des SPZ am Städtischen Klinikum Dresden mit dem Schwerpunkt auf der Komplexleistung Frühförderung gefördert. Nach Auffassung der DGSPJ sind dies wichtige Schritte in die richtige Richtung, die jedoch konsequent ausgebaut und langfristig verstetigt werden müssen.

**Kontakt:**

Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin (DGSPJ) e.V.

Geschäftsstelle

Chausseestraße 128/129, 10115 Berlin

Tel. 030.4000 58 86 und 0174. 63 55 178

geschaeftsstelle@dgsjp.de

www.dgsjp.de